

Forderungskatalog Studierendenwerk 2023

Psychologische Beratung

Die gegenwärtige Situation psychologischer Beratungsdienste an Hochschulen ist inakzeptabel und erfordert dringend Maßnahmen zur Verbesserung. Die bestehenden Probleme, darunter unzureichende finanzielle Ressourcen und eine hohe Nachfrage, gefährden die psychische Gesundheit der Studierenden und erschweren den Zugang zu wichtigen Unterstützungsangeboten. Aus diesem Grund fordern wir, dass das Land die angemessene und nachhaltige Finanzierung psychologischer Beratungsdienste an Hochschulen sicherstellt.

Die bestehenden psychologischen Beratungsstellen an Hochschulen sind chronisch unterfinanziert, was zu untragbaren Zuständen führt. Die Nachfrage nach psychologischer Unterstützung ist hoch, was sich nicht nur aus dem allgemeinen Bedarf, sondern auch aus den speziellen Belastungen ergibt, die das Studium mit sich bringt. Gerade durch die schwierige Lage während der Corona-Pandemie hat sich dies noch weiter verschlimmert. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Wartelisten für Ratsuchende regelmäßig geschlossen werden müssen, da die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen.

Darüber hinaus müssen die psychologischen Beratungsdienste an den Studierendenwerken aus eigenen Mitteln finanziert werden. Dies stellt für die Studierendenwerke, denen die notwendigen finanziellen Ressourcen fehlen, eine erhebliche finanzielle Belastung dar und gefährdet das so wie so schon nicht ausreichende Angebot noch weiter.

Die psychologische Beratung beim Studierendenwerk bietet eine niedrige Hemmschwelle, um frühzeitig Unterstützung zu erhalten, und kann präventiv wirken, um weitergreifende therapeutische Maßnahmen zu vermeiden.

Des Weiteren ist es von großer Bedeutung, dass angehende Lehrer:innen Zugang zu psychologischer Hilfe erhalten können, ohne dass dies in ihren Gesundheitsakten vermerkt wird, da dies für ihre spätere Verbeamtung von Bedeutung sein kann.

Deshalb fordern wir das Land nachdrücklich auf, die angemessene Finanzierung psychologischer Beratungsstellen an Hochschulen sicherzustellen. Dies kann durch die Bereitstellung von Landesmitteln erfolgen, insbesondere da die psychosoziale Beratung bereits im Hochschulgesetz verankert ist. Gelder zur Resilienzförderung oder die Etablierung von Hotlines sind hierbei allein keine ausreichenden Lösungen. Es ist unerlässlich, den psychologischen Beratungsstellen selbst angemessene finanzielle Ressourcen zuzuweisen, um die bestehenden Probleme zu lösen und den Studierenden den dringend benötigten Zugang zu psychologischer Unterstützung zu gewährleisten. Somit kann die psychische Gesundheit der Studierenden geschützt werden und Studierende können erfolgreich studieren und auch ihre akademischen Ziele erreichen. Hierbei ist es entscheidend, dass die finanzielle Unterstützung direkt den psychologischen Beratungsdiensten zugutekommt, um die bestehenden Engpässe zu beheben und den Studierenden den notwendigen Zugang zu psychologischer Unterstützung zu gewährleisten.

Hochschulgastronomie

Vor dem Hintergrund steigender Lebensmittelpreise und wachsender Personalkosten sind die Kosten für Mensaessen erheblich gestiegen und belasten die soziale Verträglichkeit des Studiums. Die aktuellen Finanzierungs- und Zuschussmittel sind hierzu nicht ausreichend. Daher fordern wir eine sofortige Erhöhung der Landesmittel zur Subventionierung von sozialverträglichen Gastronomieangeboten und die Einführung einer Grundfinanzierung, die unabhängig von der Anzahl der ausgegebenen Mahlzeiten an Studierende ist. Langfristig bedarf es einer kontinuierlichen Anpassung des Finanzierungsmodells an steigende Preise, um die soziale Verträglichkeit des Studiums zu bewahren.

Die steigenden Lebensmittelpreise und Personalkosten in den letzten Jahren haben zu einer signifikanten Verteuerung der Mensaessen geführt, was die soziale Verträglichkeit für Studierende erheblich belastet. Die derzeitige Finanzierung und Zuschüsse für Mensaessen sind nicht mehr ausreichend, um diese Kostensteigerungen auszugleichen. Die Sozialbeiträge der Studierenden müssen nahezu vollständig zur Subventionierung der Gastronomieangebote herangezogen werden, was zu einer deutlichen finanziellen Belastung für die Studierendenwerke führt. Wenn hierzu Studierendenbeiträge angehoben werden müssen, verringert sich hierdurch die Sozialverträglichkeit des Studiums generell.

Daher fordern wir so schnell wie möglich eine Erhöhung der finanziellen Mittel durch das Land zur Subventionierung sozialverträglicher Gastronomieangebote. Dies ist notwendig, um sicherzustellen, dass das Mensaessen für alle Studierenden bezahlbar bleibt.

Zusätzlich sollte eine Grundfinanzierung für Gastronomien eingeführt werden, die unabhängig von der Anzahl ausgegebener Essen ist. Dies ermöglicht es, Angebote auch an kleineren Standorten aufrechtzuerhalten, ohne die finanzielle Belastung der Studierendenwerke weiter zu erhöhen.

Um langfristig Lösungen zu schaffen, die den steigenden Lebensmittelpreisen und Personalkosten gerecht werden, bedarf es einer kontinuierlichen Anpassung des Finanzierungsmodells an steigende Preise. Dies sollte sicherstellen, dass solche finanziellen Engpässe in der Zukunft vermieden werden und die soziale Verträglichkeit des Studiums gewahrt bleibt.

Nachhaltige Studierendenwerke

Die Studierendenwerke in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, Nachhaltigkeit und Klimaneutralität zu fördern, wie es das Hochschulgesetz und das Landesklimaschutzgesetz vorsehen. Jedoch fehlen den Studierendenwerken die finanziellen Mittel, um nachhaltige Maßnahmen umzusetzen. Wir fordern daher dringend zusätzliche finanzielle Unterstützung vom Land und vom Bund. Es ist auch entscheidend, die Gebäudesanierung in Richtung Nachhaltigkeit voranzutreiben und eine klimafreundliche Ernährung zu fördern.

Die Studierendenwerke in Rheinland-Pfalz bekennen sich in Übereinstimmung mit dem Hochschulgesetz (HochSchG) zum Prinzip der nachhaltigen Entwicklung. Dies schließt die Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit Natur, Umwelt und Menschen sowie die Mitwirkung an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes mit ein (§ 112 Abs. 5 S. 5 HochSchG). Zusätzlich strebt das Landesklimaschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LKSG) an, dass alle Hochschulen bis 2030 klimaneutral werden, was auch die Studierendenwerke betrifft.

Die Umsetzung dieser nachhaltigen Ziele gestaltet sich jedoch als Herausforderung, da den Studierendenwerken die notwendigen finanziellen Mittel fehlen, um nachhaltige Maßnahmen umzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Beschaffung von klimafreundlicheren Lebensmitteln, da in erster Linie wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen, was eine nachhaltige Lebensmittelbeschaffung erschwert.

Wir fordern dringend, dass die Studierendenwerke in Rheinland-Pfalz in die Lage versetzt werden, ihren nachhaltigen Verpflichtungen nachzukommen und zur Erreichung der klimaneutralen Ziele beizutragen.

Wichtige Punkte wurden bereits in dem Forderungskatalog für mehr Nachhaltigkeit in der Hochschulpolitik aus 2022 herausgearbeitet und haben weiterhin noch Aktualität: https://www.nachrichten-kl.de/wp-content/uploads/2022/06/Forderungskatalog2022_RLP.pdf Die folgenden Punkte tragen hierbei ein besonderes Gewicht für die Situation der Studierendenwerke:

- **Finanzielle Unterstützung:** Die Studierendenwerke benötigen zusätzliche finanzielle Mittel, um nachhaltige Maßnahmen umzusetzen. Dies sollte durch gezielte Fördermittel seitens des Landes und des Bundes ermöglicht werden.
- **Klimafreundliche Sanierung der Gebäude:** Eine umfassende Sanierung der Studierendenwerkseinrichtungen sollte in Richtung Nachhaltigkeit erfolgen, einschließlich der Installation von Photovoltaik-Anlagen, um eine teilautarke Energieversorgung zu gewährleisten.
- **Subventionierung klimafreundlicher Gerichte:** Um die Beschaffung klimafreundlicher Lebensmittel zu fördern, sollten versteckte Kosten bei nicht-nachhaltigen Optionen wie Fleischgerichten eingerechnet und die Preise für nachhaltige Alternativen subventioniert werden.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird dazu beitragen, dass die Studierendenwerke in Rheinland-Pfalz effektiver und nachhaltiger arbeiten können, um den Anforderungen des HochSchG und des LKSG gerecht zu werden.

Kinderbetreuung

Die aktuelle Lage im Bereich der Kitas, die von den Studierendenwerken betrieben werden, ist äußerst besorgniserregend und erfordert dringende Maßnahmen zur Verbesserung. Die steigende Nachfrage nach Kita-Plätzen, die unzureichende Finanzierung, Personalprobleme aufgrund des KiTa-Zukunftsgesetzes und Budgetkürzungen setzen die Qualität der Betreuung und Unterstützung für Studierende und ihre Familien aufs Spiel.

Die Kitas der Studierendenwerke sind zunehmend gefragt, und es gestaltet sich immer schwieriger, einen Kita-Platz zu erhalten. Die derzeitigen Finanzmittel reichen nicht aus, um diese steigende Nachfrage zu bewältigen, was zu weiteren Verschärfungen der Probleme führt. Zusätzlich belastet das KiTa-Zukunftsgesetz des Landes das Kita-Personal, was die langfristige Stellenbesetzung und die Qualität der Betreuung beeinträchtigt. Entsprechende Budgetkürzungen haben das Angebot in den Kitas weiter eingeschränkt.

Die Finanzierung der Kitas muss kurz- und langfristig verbessert werden, um die drängenden Probleme zu lösen und sicherzustellen, dass Studierende und ihre Familien angemessene Betreuung und Unterstützung erhalten. Darüber hinaus ist es unerlässlich, ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen und langfristige, nicht befristete Stellen zu schaffen. Dies erfordert angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen für das Kita-Personal, um die Qualität der Betreuung zu gewährleisten und die Bedürfnisse von Studierenden und ihren Familien zu erfüllen. Damit können Studierende erfolgreich ihr Studium absolvieren und Familie sowie Bildung miteinander in Einklang bringen.

Studentisches Wohnen

Die derzeitige Wohnsituation für Studierende stellt eine dringende Herausforderung dar. Steigende Energiekosten und Instandhaltungsausgaben führen zu sozial unverträglichen Mietpreiserhöhungen. Zusätzlich besteht ein hoher Bedarf an energetischer Sanierung, um Nachhaltigkeitsanforderungen zu erfüllen. Lösungsansätze beinhalten den Erwerb von Grundstücken für Wohnheime durch Studierendenwerke, die Teilsubventionierung der gestiegenen Kosten durch das Land, und finanzielle Unterstützung für energetische Sanierung und Photovoltaikanlagen, um Betriebskosten zu senken und die Umwelt zu schützen.

Eine problematische Situation in Bezug auf studentisches Wohnen liegt in der Tatsache, dass ein erheblicher Anteil der verfügbaren Wohnräume in privatem Besitz ist. Dies hat zur Folge, dass Studierende mit ungünstigen Wohnbedingungen und höheren Mietpreisen konfrontiert werden. Gleichzeitig sehen sich die Studierendenwerke mit steigenden Energiekosten und vermehrten Ausgaben für Handwerker:innen und Instandhaltungsmaßnahmen konfrontiert, was zu Mietpreiserhöhungen führt. Diese Erhöhungen sind teilweise sozial unverträglich und belasten die finanzielle Situation der Studierenden erheblich.

Zusätzlich zu diesen Herausforderungen besteht ein dringender Bedarf an einer energetischen Sanierung der Wohngebäude, um den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Umweltschutz gerecht zu werden. Dies erfordert erhebliche Investitionen, die sich ebenfalls auf die Mietpreise auswirken können.

Daher fordern wir, dass Studierendenwerke aktiv darauf hinarbeiten, Grundstücke für Wohnheime zu erwerben, anstatt sie zu mieten. Dieser Ansatz bietet langfristige wirtschaftliche Vorteile und würde die Mietbedingungen für Studierende erheblich verbessern.

Desweiteren sollte das Land die gestiegenen Kosten für Studierende durch eine Teilsubventionierung mildern. Auf diese Weise könnten die Mietpreise sozial verträglicher gestaltet werden und die finanzielle Belastung der Studierenden verringert werden.

Schließlich fordern wir finanzielle Unterstützung seitens des Landes, um den hohen Bedarf an energetischer Sanierung in den Wohnheimen zu decken. Diese Unterstützung sollte auch die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Wohnheime umfassen. Auf diese Weise könnten die Betriebskosten gesenkt und ein gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

Governance

Die derzeitige unklare Mittelverteilung zur Instandhaltung von Universitätsgebäuden und Einrichtungen, einschließlich der Weitergabe an untergeordnete Instanzen wie das Studierendenwerk, erfordert dringend klare und transparente Regelungen. Es ist unerlässlich, feste Verteilungsschlüssel einzuführen, um eine faire und transparente Mittelverwendung sicherzustellen.

Bisher existieren zur Aufteilung der finanziellen Mittel zur Instandhaltung der Gebäude und weiterer Einrichtungen am Campus der Universitäten keine klaren Regelungen. Teile dieser Mittel werden auch an unterstehende Instanzen am Campus wie zum Beispiel das Studierendenwerk weitergegeben, jedoch existiert hierfür bisher kein klar definierter Verteilungsschlüssel und die zugrundeliegenden Entscheidungsprozesse werden nicht ausreichend transparent dargestellt. Teilweise wird hierbei die Instandhaltung von Gebäuden, die nicht in direkter Hand der Universität liegen, wie zum Beispiel Gastronomiegebäude des Studierendenwerks unterfinanziert, was stellenweise marode Gebäudehüllen zur Folge haben kann.

Daher fordern wir klar definierte und feste Verteilungsschlüssel zur Aufteilung der Mittel zur Instandhaltung von Gebäuden und weiteren Einrichtungen am Campus, um eine möglichst faire und transparente Verwendung dieser Mittel zu gewährleisten.